

Antrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Dr. Erwin Lotter, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Daniel Volk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Die Mitte stärken – Mittelstand ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mittelstand ist keine betriebswirtschaftliche Recheneinheit. Mittelstand ist eine Geisteshaltung. Mit Pioniersinn und Patriotismus, Mut und Verantwortungsgefühl hat der Mittelstand unser Land einst wieder aufgebaut und das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht. Wer morgens früher aufsteht, wer sich und anderen auf eigenes Risiko eine Existenz aufbaut, wer selber vorsorgt, nicht fragt, was der Staat ihm schuldet, sondern was er für andere erreichen kann, der verdient den Respekt aller und braucht politischen Rückenwind. Diese mittelständischen Tugenden sind auch heute gefragt, um unser Land weiter nach vorn zu bringen.

Ohne solche Menschen, die ein umfassendes Verantwortungsprinzip vorleben, kann es keine freiheitliche Gesellschaft geben. Der Mittelstand steht für Freiheit und Verantwortung. Deutschland braucht eine Politik, die den Mittelstand stärkt und nicht schwächt.

Der Mittelstand erwirtschaftet mehr als 40 Prozent aller Umsätze der Unternehmen in Deutschland. Etwa 3,5 Millionen mittelständische Betriebe und die zahlreichen Freiberufler – vom selbständigen Ingenieur bis zum pharmazeutischen Unternehmen, von der Landärztin bis zum Maschinenbauer – sorgen mit ihren Dienstleistungen und Produkten für eine breite Angebotsvielfalt, für funktionierenden Wettbewerb und für faire Preise.

44 Prozent des Steueraufkommens aus Unternehmen und Kapitaleinkommen leistet der Mittelstand. Ohne das erfolgreiche Wirtschaften von Mittelständlern

könnten in Deutschland keine Schulen, keine Straßen und keine öffentliche Sicherheit finanziert werden. Alle Finanzminister sollten sich zudem an der mittelständischen Tugend orientieren, dass vor dem Ausgeben das Erwirtschaften kommt.

71 Prozent der Arbeitsplätze und 83 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland stellt der Mittelstand. Auch in der Rezession sind es die mittelständischen Betriebe, die aller Erfahrung nach ihre Belegschaft länger halten. Der Mittelstand bietet eine breite Berufspalette, die jedem nach seinen Fähigkeiten und Talenten die Chance auf Teilhabe gibt.

Der Mittelstand sorgt mit seinen Beiträgen für die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Ohne Mittelstand gibt es keine Rentenversicherung. Ohne Mittelstand gibt es kein leistungsfähiges Gesundheitswesen. Ohne Mittelstand wäre die Pflegeversicherung schon heute am Ende. Viele Mittelständler fühlen sich dem Wohl ihrer Mitarbeiter über die Arbeitszeit hinaus besonders verpflichtet.

Der Mittelstand bildet oft über den eigenen Bedarf hinaus junge Menschen aus und bietet ihnen die Möglichkeit, in vielfältigen Lehrberufen Qualifikationen zu erwerben, Erfahrungen zu sammeln und sich selbst Zukunftschancen zu eröffnen. Vielen jungen Menschen mit Integrationsschwierigkeiten bietet der Mittelstand die Chance, das Leben zu meistern, ein Selbstwertgefühl zu entwickeln und Eigenverantwortung zu übernehmen. Der Mittelstand leistet damit eine wichtige gesellschaftliche Arbeit. Der Mittelstand schafft immer wieder neue, innovative Berufsfelder. Viele Länder beneiden uns um die duale Berufsausbildung in Deutschland. Ohne den Mittelstand gäbe es diese Erfolgsgeschichte nicht.

Viele Erfindungen werden von Mittelständlern gemacht und auf den Markt gebracht. Vom Dübel über die LCD-Flachbildschirme bis zu den hochkomplizierten Messgeräten in der Raumfahrt – vieles wurde von deutschen Tüftlern und Forschern erfunden. Der Mittelstand investiert auf eigenes Risiko Milliarden in die Entwicklung lebensrettender Medikamente, neuer Hochtechnologien und klimaschonender Energiegewinnung.

Der Metzgermeister, die selbständige Architektin oder andere mittelständische Unternehmer, die auf eigenes Risiko mit ihrem Geld sich und anderen eine Existenz aufgebaut haben, die vor Ort leben und arbeiten und ihre Kunden kennen, haben oft ein anderes Verantwortungsbewusstsein für die Menschen in ihrer Heimat als anonyme Großkonzerne. Standortpflege und gemeinnütziges Engagement vor Ort sind im Mittelstand besonders ausgeprägt.

Eigentum stabilisiert unsere Gesellschaft. Wer als Selbständiger oder in der eigenen Firma arbeitet, hat einen näheren Bezug zu seiner Nachbarschaft und seiner Gemeinde, für die er sich dann auch eher engagieren wird. Eigentum verpflichtet, fördert das Verantwortungsgefühl und verhindert Beliebigkeit und Desinteresse. In vielen Orts-, Gemeinde- und Stadträten übernehmen Mittelständler kommunalpolitische Verantwortung. Viele Mittelständler engagieren sich ehrenamtlich in Sportvereinen, Kirchen und Bürgerinitiativen. Starker Mittelstand heißt starkes bürgerschaftliches Engagement. Starker Mittelstand heißt schwache extreme Ränder. Starker Mittelstand heißt starke Demokratie.

Die mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe sichern unsere Ernährung mit hochwertigen Lebensmitteln, pflegen unsere Kulturlandschaft und prägen unsere Dörfer. Viele mittelständische Betriebe sind Familienbetriebe. Der Mittelstand hat ein besonderes Interesse an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Viele Mittelständler bieten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern flexible Arbeitszeitmodelle und machen Deutschland damit familienfreundlicher. Viele Mittelständler unterstützen Kultureinrichtungen, fördern Ausstellungen und

gründen Stiftungen. Auch freischaffende Fotografen, Autoren und Künstler sind Mittelständler.

Deutschland braucht endlich ein mittelstandsfreundliches Klima. Die Politik muss mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Die Politik muss den Mittelstand als Rückgrat unseres Landes anerkennen und unterstützen. Vorurteile, Neid und Misstrauen gegen Menschen, die durch harte Arbeit, auf eigenes Risiko und mit hoher Verantwortungsbereitschaft für sich und andere erfolgreich sind, müssen bekämpft werden.

Die politische Agenda darf nicht vor allem die Extreme im Blick haben und dabei die breite Mitte in Deutschland vernachlässigen.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

1. Steuern und Abgaben senken

Leistung und Risikobereitschaft muss sich wieder lohnen. Der Mittelstand wartet auf Steuersenkungen und niedrigere Lohnzusatzkosten, damit er investieren und Arbeitsplätze schaffen kann. Die Gewerbesteuer gehört nicht ausgeweitet, sondern abgeschafft. Die Unternehmensteuerreform hat den Mittelstand zu wenig entlastet. Viele Mittelständler unterliegen gar nicht der Körperschaftssteuer wie größere Unternehmen, sondern zahlen als Personengesellschaften Einkommensteuer. Sie profitieren nicht von den Steuersenkungen, werden aber durch die Gegenfinanzierung der Unternehmensteuerreform belastet. Deshalb muss auch die Einkommensteuer gesenkt werden. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen müssen weiter sinken. Wir wollen mehr Investitionen durch ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem.

2. Steuern und Abgaben vereinfachen

Nur ein einfaches Steuer- und Abgabensystem ist auch ein gerechtes. Gerade Mittelständler brauchen einfache und klare Steuergesetze, die auch ohne eigene Steuerabteilung im Unternehmen verstanden und angewendet werden können. Die Unternehmensteuerreform lässt hier viel zu Wünschen übrig. Sie hat das deutsche Steuerrecht noch komplizierter gemacht. Wir brauchen weniger und bessere Steuerregelungen ohne Ausnahmetatbestände. Durch die Vorverlegung des Fälligkeitstermins von Sozialabgaben ist ein bürokratischer Mehraufwand für die Unternehmen von etwa 4 Mrd. Euro entstanden. Der Fälligkeitstermin muss wieder so gewählt werden, dass die Unternehmen nicht allein dadurch zusätzlich belastet werden.

3. Erbschaftsteuer in Länderkompetenz überführen

Die Erbschaftsteuerreform hat für viele Mittelständler keine Entlastung beim Betriebsübergang gebracht. Die Steuerregeln sind komplizierter geworden. Eine Frist von mehreren Jahren, in der die Lohnsumme insgesamt kaum sinken darf, als Voraussetzung für die Steuerfreiheit ist unrealistisch. Kein Mittelständler kann über einen so langen Zeitraum vernünftig planen. Wer den Mittelstand von der Erbschaftsteuer entlasten will, darf das nicht an solche Bedingungen knüpfen. Was an Erbschaftsteuer gezahlt wird, steht nicht mehr für die Produktion zur Verfügung. Die Erbschaftsteuer vernichtet Arbeitsplätze.

Die Länder sollen die grundgesetzlich abgesicherte Gesetzgebungskompetenz für die Erbschaftsteuer erhalten. So entsteht ein Wettbewerb zwischen den Ländern um eine mittelstandsfreundliche Besteuerung. Dann entscheiden die Länder, welche Höhe die Erbschaftsteuer haben soll, oder ob sie ganz auf sie verzichten.

4. Lohnflexibilität statt staatlich gestützte Mindestlöhne

Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndiktaten geschützt werden. Statt Mindestlöhne brauchen Mittelständler flexiblere Regelungen. Die Flächentarifverträge orientieren sich zu stark an den großen Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort. Sie brauchen mehr Möglichkeiten für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Ohne allgemeinverbindliche Tarifverträge erhöht sich der Druck auf den Tarifparteien, bei ihren Abschlüssen die Interessen des Mittelstands stärker zu berücksichtigen. Wenn 75 Prozent der Belegschaft oder der Betriebsrat für abweichende Regelungen vom Tarifvertrag stimmen, muss das ohne Zustimmung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände möglich sein.

Die bestehenden Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung an Kapital und Erfolg müssen so weiterentwickelt werden, dass sie die betriebliche Altersvorsorge ergänzen und zugleich eine freiwillige Option zur Flexibilisierung der Vergütungsstrukturen ermöglichen.

5. Betriebliche Mitbestimmung mittelstandsfreundlich reformieren

Die Ausweitung der Funktionärsmitbestimmung hat den Mittelstand mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe überzogen. Gerade in kleinen Inhaberbetrieben wird das unkomplizierte betriebliche Miteinander durch die gesetzliche Mitbestimmungsverschärfung erheblich gestört.

Die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder muss deutlich reduziert werden. Ein Betriebsrat sollte erst in Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten gebildet werden und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern. Die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern darf erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten beginnen.

6. Arbeitsrecht flexibilisieren

Das vor allem für den Mittelstand komplizierte Kündigungsschutzgesetz muss beschäftigungsfreundlicher werden. Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer gelten. Da, wo es für die Beschäftigten günstiger ist, muss auch von den Tarifbedingungen abgewichen werden können. Auch ein Lohnverzicht oder eine längere Arbeitszeit stellen sich dann als günstiger dar, wenn dies den Erhalt des Arbeitsplatzes sichert oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglicht, sofern der Betriebsrat oder 75 Prozent der Mitarbeiter zugestimmt haben. Das Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlose, befristete Einstellungen gehört aufgehoben. Zur Vermeidung von Kettenarbeitsverträgen soll ein Verbot wiederholter Beschäftigung vor Ablauf von drei Monaten eingeführt werden. Das schafft Flexibilität für den Mittelstand und führt zu mehr Arbeitsplätzen in Deutschland. Eine befristete Einstellung ist besser als arbeitslos zu sein.

7. Bürokratielasten senken

Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen. Das gilt für die immer noch zu hohe bürokratische Regelungsdichte. Drei sogenannte Mittelstandsentlastungsgesetze von schwarz-rot haben die Bürokratiekosten für die Unternehmen in Deutschland gerade einmal im Promillebereich gesenkt. Statt zusätzliche bürokratische Lasten wie das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen, müssen die bestehenden reduziert werden. Die zahlreichen statistischen Doppelerhebungen müssen abgeschafft werden. Zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten. Wie hohe Lohnzusatzkosten führen auch hohe Bürokratiekosten zum Wachsen der Schwarzarbeit.

8. Privatisierung öffentlicher Aufgaben voranbringen

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben in Wettbewerbsmärkte stärkt mittelständische Betriebe. Denn die öffentlichen Serviceleistungen werden vielfach durch Private schon angeboten und sind vor allem Betätigungsfelder kleiner und mittlerer Unternehmen. Es gibt keine Chancengleichheit im Wettbewerb zwischen privaten mittelständischen Unternehmen und öffentlichen Betrieben. Die größten Privatisierungspotentiale liegen in den Kommunen. Dazu müssen alle Landesregierungen in den Gemeindeordnungen ein wirksames Subsidiaritätsgebot verankern, das privaten Unternehmen ausreichend Rechtsschutz gegen die gewerbliche Betätigung von Kommunen gewährt. Auch die einheitlichen Ansprechpartner für Unternehmen, die nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie eingerichtet werden müssen, sollten privatwirtschaftlich organisiert sein.

Berlin, den 17. März 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

